

## Bundesrepublik Deutschland

JOSEF JANNING

Im Jahr der Einheit stand auch die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen dieses Schritts. Die Kohl-Mitterrand-Initiative zur Politischen Union vom April 1990 ist vor diesem Hintergrund zu betrachten: Im Gefolge der deutschen Einheit wuchs das Interesse der EG-Nachbarn, namentlich Frankreichs, an der Einbindung Deutschlands in eine vertiefte Gemeinschaft.

Die Europäische Gemeinschaft hatte sich aktiv in einen für sie einmaligen und folgenreichen Prozeß eingebunden<sup>1</sup>: Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde der Umbruch des ehemaligen sozialistischen Lagers zu einem Teil der innergemeinschaftlichen Politik. Das wirtschaftlich stärkste Mitglied der EG erweiterte sich nun zum bevölkerungsreichsten Staat, dessen Leistungskraft durch den Umbau in den neuen Bundesländern auf Jahre hinaus geprägt werden würde. Ambivalenzen in der Reaktion der EG-Partner lassen sich an zwei wirtschaftlichen Schlaglichtern veranschaulichen: Einerseits wurden das deutsche Defizit und die Krisen des Umbruchs zum Sorgenthema der Nachbarn<sup>2</sup>; andererseits exportierte Frankreich 1990 4,7 Mrd. DM mehr an Warenwert nach Deutschland als im Vorjahr, Italien legte 6,6 Mrd. DM zu, die Niederlande 4 Mrd. DM und Belgien und Luxemburg 4,8 Mrd. DM<sup>3</sup>.

Die aus der Einheit entstehenden deutschen Fragen und Positionen trafen 1990/91 auf eine neue europäische Sensibilität. Legt man die Einschätzungen der Nachbarn zur Rolle des Landes für die Zukunft Europas nebeneinander, so trifft man auf Deutschlandbilder, deren Ausprägung kaum gegensätzlicher sein könnte. In jeder der großen Debatten auf der Tagesordnung der Zwölf klang 1990/91 ein deutscher Oberton mit: in den Beratungen zur Wirtschafts- und Währungsunion angesichts der deutschen Währungsunion 1990 wie der wachsenden Verschuldung des Bundes 1991, in der Regierungskonferenz zur Politischen Union angesichts des Golf-Krieges, in der Frage der Agrarreform angesichts wachsender Aufwendungen für die Landwirtschaft im Osten Deutschlands, in der Vollendung des Binnenmarktes angesichts gleichzeitiger Übergangsbestimmungen für das "Beitrittsgebiet", die fünf neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Andere Themen mit deutschlandbezogenem Einschlag wurden zunächst nur angerissen: die Entwicklung des atlantischen Verhältnisses, die Bedeutung der Sowjetunion und, vor allem, die Perspektive der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Norden und Osten.

*Die neuen Bundesländer in der Europäischen Gemeinschaft*

Die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 beendeten die Phase der Modellplanungen zur schrittweisen Eingliederung der DDR in die Europäische Gemeinschaft. Die Szenarien der Bundesregierung, der DDR-Regierung und der EG-Kommission spitzten sich nach dem eindeutigen Votum der Ostdeutschen für eine rasche Herstellung der Einheit auf die Variante des "Sonderfalls DDR"<sup>4</sup> zu: Auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates in Dublin am 28. April wurde ein Drei-Stufen-Konzept beschlossen, das über den erst am 13. März paraphierten Handelsvertrag der Gemeinschaft mit der DDR hinwegging<sup>5</sup>. In einer Interimsphase sollte danach die schrittweise Anwendung des EG-Rechts auf dem Gebiet der DDR vorbereitet werden, beginnend mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Eine zweite Stufe, die Übergangsphase, sah mit der Herstellung der staatlichen Einheit die Anwendung des Gemeinschaftsrechts auf das "Beitrittsgebiet" vor; die dritte Stufe markiert die Geltung des gesamten primären und sekundären Rechts der EG im vereinten Deutschland nach Ablauf der Übergangsbestimmungen.

Die Festlegung des 3. Oktobers als Termin für die Vollendung der Einheit hat diese Schrittfolge nicht aufgehoben, sondern nur verkürzt. Mit dem Stichtag der Vereinigung begann für die neuen Bundesländer die Übergangsphase – das gesamte Primärrecht der EG, die Verträge, sowie etwa 80% des daraus abgeleiteten sekundären Gemeinschaftsrechts galten unmittelbar. Auf der Basis umfangreicher Vorschläge der Kommission<sup>6</sup> traten zunächst bis zum 23. Dezember 1990 befristete Übergangsbestimmungen in Kraft<sup>7</sup>, die durch Entscheidungen des Rates vom 4. Dezember und der Kommission (für den Bereich der EGKS) vom 19. Dezember 1990 abgelöst wurden. Die dort festgelegten Ausnahmeregeln betreffen vor allem die Bereiche Landwirtschaft, Verkehr und Arbeitsschutz, den Binnenmarkt und den Umweltschutz. Sie laufen überwiegend zum 31. Dezember 1992 aus; die Ausnahmen im Umwelt- und Arzneimittelbereich sowie für tier- und pflanzenhygienische Bestimmungen gelten längstens bis zum 31. Dezember 1995. Im Ergebnis schreiben diese aufgrund der Ausgangslage in den neuen Ländern notwendigen Ausnahmen eine Sonderstellung des ostdeutschen Marktes fort: Die Freistellung einer Reihe von Waren von den EG-Binnenmarktregeln bedeutet, daß sie nur in den neuen Ländern auf den Markt gebracht werden können. Die eingeschränkte Freiverkehrsfähigkeit gilt gleichermaßen auch für diejenigen Importwaren aus den Staaten des ehemaligen RGW, die aufgrund früher abgeschlossener Handelsvereinbarungen mit der DDR eingeführt werden<sup>8</sup>. Eine politische Übergangsregel fand das Europäische Parlament für die Repräsentanz der neuen Gemeinschaftsbürger: Bis zur nächsten Europawahl 1994 erhielten 18 "Beobachter" aus Ostdeutschland nach längeren Beratungen im März 1991 ein Rederecht in den Ausschüssen und Fraktionen des EP.

Kompliziert gestaltete sich die Anpassung der Quoten und Interventionsschwellen im Agrarbereich. Wegen der ohnehin rasch gestiegenen Kosten und Produktionsüberschüsse war eine einfache Aufstockung des Agrarhaushaltes kaum vereinbar mit den Reformfordernissen der Agrarmarktordnung. Im März 1991

stand dagegen die Ausweitung der EG-Strukturfonds auf die neuen Bundesländer auch der Höhe nach fest. Bis 1993 stellt die EG insgesamt 6,2 Mrd. DM für Investitionen in den Bereichen wirtschaftliche Infrastrukturen, Telekommunikation und Energieversorgung sowie zum Umweltschutz bereit. Ein Programmpaket begünstigt Produktivinvestitionen vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen<sup>9</sup>. Zusätzlich vergibt die Europäische Investitionsbank zinsgünstige Kredite in Höhe von etwa 3 Mrd. DM, aus den Mitteln der EGKS stehen weitere 2,5 Mrd. DM zur Verfügung. Die Kommission genehmigte zudem eine Aufstockung der deutschen Beihilfen aus dem ERP-Vermögen, setzte sich jedoch in der Neuordnung der Fördergebiete für das geeinte Deutschland gegen die Bundesregierung durch: Künftig werden noch 27% statt bisher 39% der Bevölkerung in den alten Bundesländern von der Förderung erfaßt, die Hilfen für das westliche Berlin und die Sonderabschreibungen für das ehemalige Zonenrandgebiet werden nach dem gemeinsamen Konzept von Kommission und Bundesregierung Ende 1994 auslaufen<sup>10</sup>.

Die Zahlen markieren den vorläufigen Abschluß eines insgesamt erfolgreichen Eingliederungsprozesses von historischer Einmaligkeit. Nach dem 18. März 1990 hatte es für einige Monate zwei deutsche Akteure mit demokratischem Anspruch gegeben. Im Geflecht der Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Kommission, in das auch das Europäische Parlament mit seinem Ausschuß "Deutsche Einheit" sachkundig einbezogen war<sup>11</sup>, nahm die Regierung von Lothar de Maizière aktiv teil. Ab April 1990, nachdem der Beitritt zur Bundesrepublik über Art. 23 des Grundgesetzes entschieden war, bemühten sich Staatskanzlei und Außenministerium der DDR – nicht immer ohne Reibung – vor allem um die Aushandlung günstiger Übergangsregelungen für das Gebiet der DDR. Die Kooperation mit Bonn war eng; sorgfältig vermieden die Unterhändler der ostdeutschen Seite, "innerdeutsche" Positionsdifferenzen auf der EG-Ebene auszutragen.

#### *Europäischer Agrarmarkt und deutsche Landwirtschaft*

Mit dem Beitritt Ostdeutschlands wuchs auch die relative Bedeutung der deutschen Agrarproduktion in der Gemeinschaft. Der Anteil der deutschen Erzeugnisse in wichtigen Bereichen stieg im Vergleich zu 1989 deutlich: bei Getreide von 16 auf 21%, bei Schweinefleisch von 24 auf 31%, bei Milch von 22 auf 28% und bei Kartoffeln von 19 auf 35%. Selbst nach einer Phase der Strukturanpassung ist mit anhaltend hohen oder höheren Produktionsanteilen für Getreide, Zuckerrüben und Raps zu rechnen<sup>12</sup>. Mit der Anpassung der Quoten an die neue Lage wurde im Dezember 1990 zugleich ein Paket von Übergangs- und Anpassungsbestimmungen verabschiedet, das der Bundesrepublik erlaubt, die Umstellung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die 95% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der ehemaligen DDR bestellen, zu fördern. Schon durch ihre Größe, vor allem aber durch die Ineffizienz ihrer Ausstattung und der

erheblichen Überbeschäftigung fallen diese Großbetriebe durch das übliche Förderungsraaster<sup>13</sup>.

Auf erhebliche Widerstände stieß die deutsche Europapolitik 1990/91 mit dem Versuch, den Haushaltsansatz im Agrarbereich unabhängig von den Preisbeschlüssen zu erhöhen, um die einheitsbedingten Kostensteigerungen aufzufangen. Vor allem Großbritannien und die Niederlande unterstützten die Kommission in der Haltung, die auf etwa 2,7 Mrd. DM geschätzten Mehrausgaben überwiegend durch Kürzungen aufzubringen<sup>14</sup>. Unter diesen Vorzeichen steht die deutsche Politik vor einer schwierigen Reformdebatte. Im Prinzip unterstützen die exportorientierten Deutschen die Vorschläge des Agrarkommissars MacSharry, um die Uruguay-Runde des GATT zu entlasten; angesichts der Schwierigkeiten der ostdeutschen Landwirtschaft mit knapp einer Million Beschäftigten dürfte die Reformenergie der Bundesregierung in der Gemeinschaft in den nächsten Jahren eher schwach ausfallen<sup>15</sup>. Die "Krise des Denkens", die engagierte Kritiker des Agrarsystems ausgemacht haben, wird diesen Bereich deutscher Europapolitik weiter verfolgen<sup>16</sup>.

### *Die deutsche Europapolitik und die Vertiefung der europäischen Integration*

In die Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union ging die Bundesregierung mit klaren Prioritäten. Ihre Ausgangsposition war stark: Das Interesse an der Einbindung Deutschlands in und durch eine vertiefte Gemeinschaft konnte die deutsche Politik im Sinne ihrer Anliegen nutzen, doch blieb das europäische Momentum der deutschen Einheit begrenzt. Die deutschen Forderungen zu den Voraussetzungen einer gemeinsamen Währung litten vorübergehend unter der Anspannung deutscher Wirtschaftspolitik nach der deutschen Währungsunion, und die Initiativen zur Politischen Union verloren mit der außenpolitischen Schwäche des vereinten Deutschland 1991 an Wirkung. Die innenpolitische Hängepartie in der Frage künftiger deutscher Verteidigungsleistungen wäre europäisch wohl überwindbar gewesen, doch es fehlte an nachdrücklich vorgetragenen Forderungen der EG-Nachbarn. Von diesem Wertverlust wurde auch die dritte Kernforderung Helmut Kohls auf dem Weg zu den "Vereinigten Staaten von Europa" betroffen: Sein Junktim zwischen Politischer Union und Wirtschafts- und Währungsunion, gedacht als Starthilfe für die politische Vertiefung der Gemeinschaft, verlor zunehmend an Reichweite und beschreibt 1991 wenig mehr als eine Selbstbindung der deutschen Europapolitik.

Der 1. Juli 1990 markierte einen doppelten Beginn. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der deutschen Währungsunion begann die erste Stufe des Delors-Plans. Im Mittelpunkt der deutschen Verhandlungsposition stand 1990/91 der Versuch, die Gemeinschaft auf klare Bedingungen für den Übergang zur zweiten Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion festzulegen. Als wesentliche Kriterien formulierte Finanzminister Waigel die Bekämpfung der Inflation und die Sanierung der Haushalte<sup>17</sup>. Ergänzend dazu schlug die deutsche Seite die

Durchführung von nicht gemeinschaftlich finanzierten "Crash-Programmen" vor, um insbesondere den Weichwährungsländern den Anschluß an die Stabilitätspolitik zu erleichtern<sup>18</sup>. Als Gegengewicht zum französischen Drängen auf die Einsetzung einer Europäischen Zentralbank schon mit der zweiten Stufe 1994 präsentierte die deutsche Politik im Februar 1991 einen zeitlich offenen Entwurf zur Wirtschafts- und Währungsunion. Abgestimmt mit der Bundesbank schlug die Bundesregierung darin für die Wirtschaftsunion die Anwendung der deutschen Regel vor, nach der die Defizite öffentlicher Haushalte die Höhe der öffentlichen Investitionen nicht übersteigen dürfen. Nichtbeachtung sollte durch die Gemeinschaft sanktioniert werden können. Zur zweiten Phase der Währungsunion forderte der deutsche Entwurf zunächst die Einrichtung eines Rates der Zentralbankpräsidenten, der kaum eigene Kompetenzen haben sollte. Erst mit dem Übergang zur dritten Stufe und der Ausgabe einer gemeinsamen Währung sollte die Europäische Zentralbank entstehen. Den Zeitpunkt des Übergangs wollte Deutschland von der Erfüllung der Konvergenzfordernisse abhängig machen; die Entscheidung sollte einstimmig erfolgen und ein abgestuftes Vorgehen ermöglichen<sup>19</sup>. Damit griff der Entwurf auf Diskussionen über die Rolle einer Kerngruppe zurück, die bereits im Sommer 1990 durch Bundesbankpräsident Pöhl angestoßen worden war: Frankreich, Deutschland und die Benelux-Länder wären nach Pöhls Auffassung in der Lage, die Währungsunion schneller zu vollenden<sup>20</sup>. In diesem Ansatz, der sich im ersten Verhandlungshalbjahr schließlich weitgehend durchsetzen konnte, lag für die deutsche Strategie zugleich die Chance, die deutsch-französischen Differenzen zu überwinden und ab 1996 oder 1997 tatsächlich mit dem Aufbau der Europäischen Zentralbank, deren Statut dem Modell der Deutschen Bundesbank folgen wird, zu beginnen, selbst wenn noch nicht alle Mitgliedstaaten die Voraussetzungen zur Teilnahme erfüllen<sup>21</sup>.

Die Initiative des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers zur Vertiefung der EG vom 18. April 1990 konnte noch als 'Beruhigungspille' zum Ausgleich europäischer Ungewißheiten über die Berechenbarkeit des deutschen Partners gesehen werden. Sie konzentrierte sich auf Verfahren und ließ wichtige Inhalte offen. Die zweite Botschaft Kohls und Mitterrands vom 6. Dezember 1990 war hingegen programmatisch formuliert. Der Text verlangt neue Kompetenzen für die Union in den Bereichen der Umweltpolitik, im Gesundheits- und Verbraucherschutz, in der Sozial- und Energiepolitik sowie in Forschung und Technologie. Nach außen sieht der Vorschlag eine gemeinsame Außen- und Entwicklungspolitik vor. Die ebenfalls geforderte Sicherheitspolitik soll "am Ende zu einer gemeinsamen Verteidigung führen"<sup>22</sup>. Daneben enthält die Botschaft Überlegungen zur "demokratischen Legitimität" und zur "Effizienz der Union".

Mit diesem Vorschlag demonstrierte die französische Politik in wichtigen Bereichen Übereinstimmung mit dem deutschen Nachbarn. Die Grundposition der Bundesregierung ging – beeinflusst auch durch politischen Druck des Bundesrates – jedoch in drei Punkten weiter: in der Einführung des Subsidiaritätsprinzips in allen Bereichen der Union, in der Einbeziehung der Regionen in den Beratungsprozeß der Gemeinschaft sowie in der Erweiterung der Rechte des

Europäischen Parlaments – hier erweiterte die Bundesregierung die Reichweite ihrer Vorstellungen im Verlauf der Verhandlungen. Noch in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 30. Januar 1991 wurde die künftige Rolle des Parlaments eher diffus beschrieben; mit dem deutsch-italienischen Vorstoß im Frühjahr 1991 sprach sich die deutsche Europapolitik jedoch zugunsten gleicher Rechte für Parlament und Rat im Entscheidungsprozeß aus, regte die Schaffung eines Vermittlungsausschusses zwischen beiden Kammern an und sah das Recht des Parlaments, eigene Steuern zu erheben, vor<sup>23</sup>. Konkrete Vorstellungen lagen auch von Seiten der deutschen Bundesländer vor. Sie erwarteten aus einer föderalen und subsidiär organisierten Politischen Union eine Stärkung der Regionen<sup>24</sup>. Die Ministerpräsidenten hatten am 21. Dezember 1990 in München nochmals ihre vier Kernforderungen bekräftigt: Neben dem Subsidiaritätsprinzip und einem Regionalorgan verlangen sie ein Klagerecht der Länder gegen Maßnahmen der EG sowie die "unmittelbare Teilnahmemöglichkeit der Länder und Regionen am EG-Ministerrat in Fragen, die nach innerstaatlichem Recht ihnen ausschließlich zustehende Kompetenzen oder ihre wesentlichen Interessen berühren"<sup>25</sup>. Anders als der Deutsche Bundestag, der erst im Frühsommer 1991 einen eigenen Europa-Ausschuß zur Begleitung der Regierungskonferenz einsetzte, hatte der Bundesrat frühzeitig ein mehrmals wöchentlich tagendes Arbeitsgremium eingesetzt, die Beteiligung an den Verhandlungen erreicht und eigene Vorschläge, etwa die Neuformulierung des Art. 128 EWG-Vertrag zur Bildungspolitik, in die Konferenz eingebracht.

Die Verhandlungen unter Luxemburger Präsidentschaft blieben im Ergebnis deutlich hinter den deutschen Vorstellungen zurück, vor allem im Bereich der institutionellen Veränderungen<sup>26</sup>. Im Blick auf die Handlungsfelder der Union wurden in der Außen- und Sicherheitspolitik wenig Fortschritte erzielt. Zwar hatten die Außenminister Genscher und Dumas die sicherheitspolitische Perspektive der Dezember-Botschaft Mitterrands und Kohls weiter präzisiert und in einer gemeinsamen Erklärung am 21. März 1991 das Modell einer Annäherung der Westeuropäischen Union an die Politische Union als Träger der Sicherheitspolitik der Union entwickelt<sup>27</sup>.

Trotz breiter Übereinstimmung über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns nach dem Golf-Krieg und den Kämpfen in Jugoslawien blieb die "Sicherheits- und Verteidigungsidentität" bis zum Sommer 1991 eine Leerformel. Außerhalb der Runde der Persönlichen Beauftragten waren die Differenzen offensichtlich: Großbritannien zog andere Schlüsse aus seiner nationalen Rolle im Golf-Krieg als seine Nachbarn, Deutschland stieß in seiner Europapolitik an innenpolitische Grenzen seines Handlungsspielraums, Frankreich zeigte sich irritiert durch die Entscheidungen der NATO, insbesondere zur schnellen Eingreiftruppe, und die deutsch-französische Sicherheitskooperation stand nach dem "Flop"<sup>28</sup> des bilateralen Gipfels in München und den mageren Ergebnissen der Begegnung in Lille auf schwachen Füßen.

*Die offene Bilanz eines wechselvollen Jahres*

In der Konsequenz der erweiterten Bundesrepublik liegt auch ein erweitertes Bewußtsein der Deutschen über ihre neue Lage, Rolle und Zielsetzung – nach innen wie nach außen. Im Gefolge der Einheit haben die neuen Identitätsdebatten 1990 und 1991 deutlich gemacht, daß die geforderte Modernisierungsleistung im Denken ein längerer und auch komplizierterer Prozeß sein wird. Seine Schlüsselbegriffe lauten: 'Nation', 'Europa' und 'außenpolitische Verantwortung'.

Die Ereignisse im eigenen, nun ungeteilten Land, aber mehr noch die Lehren aus dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa verweisen auf die fortdauernde Wirkung nationaler Bindungen moderner Gesellschaften. Im Kreis seiner europäischen Nachbarn wurde Deutschland im zurückliegenden Jahr zuerst als Nation gesehen; die Deutschen werden sich – angesichts der außerordentlichen Belastungen durch den Wandel im Osten des Landes – selbst auch so sehen müssen, um die Lasten auf Dauer tragen zu können: "Der Ausweg, Europäer zu werden, ohne vorher Deutscher zu sein, ist versperrt. Er wird versperrt von unseren europäischen Nachbarn, die die Deutschen als Deutsche in Europa wollen, mit klarem Profil, erkennbaren Interessen, berechenbaren Verhaltensweisen"<sup>29</sup>.

Diese Schlußfolgerung stimmt überein mit dem Grundduktus der deutschen Europapolitik seit den Anfängen der Bundesrepublik im Westen. Das Zielbild des "europäischen Deutschland" ist ein glatter Begriff aus dem Feiertagsarsenal politischer Rhetorik – die Notwendigkeit, ihn mit den neuen Umständen entsprechenden Inhalten zu belegen, wird in Politik, Wissenschaft und Publizistik klar erkannt. In ihren Grundsatzreden zum 3. Oktober 1990 haben alle führenden politischen Kräfte die Bindung an die EG als das "Herzstück der Außenpolitik auch eines vereinten Deutschland"<sup>30</sup> herausgehoben, in der den Interessen des Landes am besten gedient werden könne: "Die wichtigsten Aufgaben kann heute keine Nation mehr allein lösen. Die modernen Systeme denken und funktionieren nicht national"<sup>31</sup>. Der so politisch formulierte Befund entspricht einem breiten Konsens der wissenschaftlichen Publizistik, auch wenn hier den Folgen der Veränderung der relativen Gewichte zwischen Deutschland und seinen Nachbarn größeres Gewicht zugemessen wird<sup>32</sup>. Die emotional hochgespannten Diskussionen um den Sitz von Parlament und Regierung bezeichnen den einzigen wirklichen Versuch einer Polarisierung der Begriffe 'Nation' und 'Europa' in der politischen Debatte des zurückliegenden Jahres; als ob es im Belieben der Deutschen liege, noch eine Entscheidung zwischen nationaler und europäischer Bindung zu füllen und als ob sich die Antwort darauf in einer oder zwei Silben buchstabieren lasse.

Gravierender erscheint die Frage, ob die vielfältigen inneren Problemstellungen zu einer nach innen gewandten öffentlichen Aufmerksamkeit führen werden und ob diese Tendenz die künftige Fundierung außenpolitischer, europäischer Entscheidungen in Zweifel zieht. Eine "Verständnislücke"<sup>33</sup> in der Bevölkerung wäre eine schlechte Basis für das europäische Deutschland und ebensowenig charakteristisch für die Lage des Landes wie die Luftspiegelung des Schlagworts "große Schweiz"<sup>34</sup>.

Die Beschleunigung der Ereignisse 1990/91 hat die Fristen der Anpassung an die neue Lage für die Deutschen drastisch verkürzt. Die innere Dynamik der europäischen Integration, der Krieg am Golf und die Staatskrise in Jugoslawien ließen keine Schonfrist zu. Innerhalb von Monaten wandelten sich die Spitzen im internationalen Bild von Deutschland radikal: Zuerst vom starken Partner in der EG zum beargwöhnten potentiellen Hegemon<sup>35</sup>, sodann vom 'Übernachbarn' zum handlungsunfähigen und handlungsunwilligen Profiteur, der Solidarität mit dem Scheckheft praktizieren möchte. In den Entscheidungssituationen des zurückliegenden Jahres ist Deutschland tatsächlich an Grenzen gestoßen; an die Grenzen finanzieller Belastbarkeit in der gleichzeitigen Gestaltung des Wandels im eigenen und im benachbarten Osten, an die Grenzen des innenpolitischen Konsenses in der Teilnahme an der Wiederherstellung des Friedens am Golf und im Nahen Osten, an Grenzen seiner europapolitischen Leistungsfähigkeit im Aufbau einer neuen Ordnung für den europäischen Kontinent, vom Balkan über Jugoslawien bis hin zur Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es gibt wohl keinen glaubwürdigen Weg, sich dieser Verantwortung zu entziehen<sup>36</sup>. Jeder Versuch müßte den Interessen Deutschlands schaden und die Handlungsfähigkeit derjenigen Institution schwächen, von deren Vertiefung die Deutschen eine Auflösung ihrer Grenzerfahrungen erhoffen können – der Europäischen Gemeinschaft<sup>37</sup>. Es ist mithin viel daran gelegen, ob der Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland zweierlei gelingt: Zum einen die Entwicklung zur Politischen Union nach Kräften zu fördern und in diesem Rahmen auch die "Unauffälligkeit als das politische Ideal der Nachkriegsdeutschen"<sup>38</sup> zu überwinden, zum anderen die neue außenpolitische Verantwortung nach innen so zu vermitteln, daß Deutschland im Ergebnis nicht weniger handlungsfähig sein wird als seine Partner in der entstehenden Europäischen Union.

### Anmerkungen

- 1 Zur Entwicklung der Thematik bis zum Frühsommer 1990 s. Janning, Josef: Bundesrepublik Deutschland, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90*, Bonn 1990, S. 303–313.
- 2 Vgl. "Waigel und Schlecht beruhigen die EG-Partner", *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 29.1. 1991, S. 15.
- 3 Zahlen für die alten Bundesländer nach Angaben des Statistischen Bundesamts in: *Die Zeit* v. 28.6. 1991, S. 34.
- 4 Vgl. dazu Langguth, Gerd: Die deutsche Frage und die Europäische Gemeinschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29 (1990), S. 13–23.
- 5 Der Vertrag wurde dennoch am 9. 5. unterzeichnet, aber durch den 10 Tage später abgeschlossenen Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten praktisch überflüssig.
- 6 Die Gemeinschaft und die deutsche Einigung, Kom(90) 400 endg., Band I v. 21.8. 1990, Band II v. 31.8. 1990. Zu den überarbeiteten Vorschlägen s. Kom(90) 495 endg. v. 25.10. 1990.
- 7 ABl. der EG, L 263 v. 26.9. 1990.
- 8 Vgl. dazu Grabitz, Eberhard: Das Gemeinschaftsrecht und die Einheit Deutschlands, in: *Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht*, 4/1991, S. 89–96. Grabitz sieht in der

- Ausgestaltung der Übergangsbestimmungen einen Anwendungsfall des Modells der "abgestuften Integration" (S. 92).
- 9 Die Verteilung der Mittel auf die Länder in Mio. DM: Sachsen (888), Sachsen-Anhalt (534), Thüringen (490), Brandenburg (480), Mecklenburg-Vorpommern (354), Berlin (232); vgl. EG-Nachrichten, 12 (1991), S. 2.
  - 10 Vgl. "Brüssel setzt sich durch: Weniger Regionalhilfe in Westdeutschland", FAZ v. 2. 5. 1991, S. 15.
  - 11 Vgl. zu den Vorarbeiten des Parlaments u. a.: Europäisches Parlament: Die Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die Europäische Gemeinschaft, Luxemburg 1990.
  - 12 Zahlen nach: "Deutsche Agrarerzeugung gewinnt an Gewicht in EG", VWD-Europa v. 2. 1. 1991, S. 9.
  - 13 Vgl. Klaus Krause, Peter: Vorreiter auf dem Land, FAZ v. 20. 2. 1991, S. 15.
  - 14 Vgl. "MacSharry widersetzt sich Kiechle", FAZ v. 27. 3. 1991, S. 15; "Weiterhin keine Einigung über Agrarpreise", FAZ v. 10. 4. 1991, S. 16.
  - 15 Vgl. Hirn, Wolfgang: Vor dem Durchbruch, Wirtschaftswoche, 15. 2. 1991, S. 16–17.
  - 16 Vgl. Krause, Klaus Peter: Eine Krise der Agrarpolitik. Die Landwirtschaft wird überleben, FAZ v. 26. 1. 1991, S. 13.
  - 17 Vgl. Hirn, Wolfgang: Ohne Zeitdruck, Wirtschaftswoche v. 21. 12. 1990, S. 18–19.
  - 18 Vgl. "Streit um die Europäische Zentralbank", FAZ v. 9. 4. 1991, S. 15.
  - 19 Vgl. "Bonn besteht auf klaren Bedingungen", v. 27. 2. 1991, S. 17.
  - 20 Vgl. "Pöhl's 2-Speed Europe: Reality or Heresy, International Herald Tribune v. 14. 6. 1990, S. 17; s. dazu auch Röller, Wolfgang: Die Währungsintegration eines kleinen Kerns, FAZ v. 5. 4. 1991, S. 19.
  - 21 Dies ist der Kern des Luxemburger Kompromißvorschlages; vgl. "Europäische Währungsunion kommt nicht recht voran", FAZ v. 10. 6. 1991, S. 15.
  - 22 Gemeinsame Botschaft von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Präsidenten der Französischen Republik François Mitterrand an den Präsidenten des Ministerrates der Italienischen Republik und amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident Giulio Andreotti; datiert auf den 6. 12. 1990.
  - 23 "Mehr Rechte für das Europäische Parlament. Gemeinsame Erklärung Außenminister Genschers und De Michelis", FAZ v. 11. 4. 1991, S. 5.
  - 24 Vgl. dazu Rensch, Wolfgang: Deutsche Länder und europäische Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28 (1990), S. 28–39.
  - 25 Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz am 20./21. 12. 1990 in München.
  - 26 Vgl. "London für Abschluß der Verhandlungen", FAZ v. 24. 6. 1991, S. 7.
  - 27 S. den Text in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Stichworte zur Sicherheitspolitik, 3/1991, S. 16–20.
  - 28 Vgl. "In der Sicherheitspolitik kein Fortschritt", FAZ v. 22. 9. 1990, S. 4.
  - 29 Hortmann, Wilhelm: Was es heißt, Deutscher zu sein, FAZ v. 27. 2. 1991, S. 14.
  - 30 So Helmut Kohl, Die Erfüllung eines geschichtlichen Auftrags, FAZ v. 2./3. 10. 1990, S. 3.
  - 31 von Weizsäcker, Richard: In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. Die Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 in Berlin, FAZ v. 4. 10. 1990, S. 5.
  - 32 Vgl. dazu in knapper Auswahl: Weidenfeld, Werner/Holeschovsky, Christine u. a.: Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland, Gütersloh 1991; Link, Werner: Handlungsmaxime deutscher Außenpolitik im neuen internationalen System, in: Jahrbuch für Politik, 1991, 1. Halbband, S. 72–102; von Staden, Berndt: Das vereinigte Deutschland in Europa, in: Europa-Archiv 23 (1990), S. 685–690; von Bredow, Wilfried/Jäger, Thomas: Die Außenpolitik Deutschlands. Alte Herausforderungen und neue Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1–2 (1991), S. 27–38; Arnold, Hans: Die Europäische Gemeinschaft zwischen Vertiefung und Erweiterung, in: Europa-Archiv 10 (1991), S. 318–326.
  - 33 Hacke, Christian: Neue deutsche Fragen, FAZ v. 4. 1. 1991, S. 8.
  - 34 Vgl. Bertram, Christoph: Der Riese, der ein

- Zwerg sein möchte, *Die Zeit* v. 26. 4. 1991, S. 12–13; s. auch Veen, Hans-Joachim: Die Westbindung der Deutschen in einer Phase der Neuorientierung, in: *Europa-Archiv* 2 (1991), S. 31–40.
- 35 Vgl. Geiss, Immanuel: Europäische Perspektiven nach der deutschen Einigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 52–53 (1990), S. 41–47.
- 36 Vgl. das engagierte Plädoyer aus amerikanischer Feder von Wyle, Frederic S.: Die erhöhte Verantwortung der Deutschen, in: *Europa-Archiv* 24 (1990), S. 727–734.
- 37 S. auch Buhl, Dieter: Verlässlichkeit hat Vorrang, *Die Zeit* v. 17. 5. 1991, S. 6.
- 38 Schneider, Peter: Die Angst der Deutschen vor den Idealen. Warum die vergrößerte Bundesrepublik sich nicht in ihrem politischen Schrebergarten verstecken kann, *FAZ* v. 13. 5. 1991, S. 33.

### Weiterführende Literatur

- Europäisches Parlament: Die Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die Europäische Gemeinschaft, Luxemburg 1990.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Europäische Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung, *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, Beilage 4/1990, Luxemburg 1990.
- Schweitzer, Carl-Christoph/Karsten, Detlev (Hrsg.): *The Federal Republic of Germany and EC Membership Evaluated*, London 1990.
- Weidenfeld, Werner/Holeschovsky, Christine u. a.: *Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland*, Gütersloh 1991.
- Wessels, Wolfgang/Regelsberger, Elfriede (Hrsg.): *The Federal Republic of Germany and the European Community: The Presidency and Beyond*, Bonn 1988.